



Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO - Direkterhebung beim Betroffenen)
Stand: 03/2018

Die nachfolgenden Beschreibungen gelten für den Umgang mit personenbezogenen Daten im Landratsamt Ilm-Kreis – Sozialamt – im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Anträgen auf die Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII).

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. a DSGVO)

Postanschrift: Landratsamt Ilm-Kreis
Sozialamt
Amtsleiter
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt: Telefon: 03628 738-300
E-Mail: sozialamt@ilm-kreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. b DSGVO)

Postanschrift: Landratsamt Ilm-Kreis
Datenschutzbeauftragter
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt: Telefon: 03628 738-117
E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DSGVO)

Die Datenverarbeitung dient im Verwaltungsrecht grundsätzlich dem vom Antragsteller verfolgten Zweck und stützt sich dabei auf das im jeweiligen Fachgebiet einschlägige Verwaltungsrecht, jeweils immer in Verbindung mit dem für das Verfahren gültigen Datenschutzrecht.

In den übrigen Rechtsgebieten werden die Daten zur Anbahnung oder aufgrund von Verträgen erhoben.

Es werden Kontaktlisten/E-Mail-Verteiler geführt, die auf rein freiwilligen Angaben beruhen und die der besseren Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Einzelpersonen dienen.

- ➔ Die erhobenen Daten werden im Hinblick auf die Aufgaben nach den diesen zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten verarbeitet. Gemäß § 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) ist es die Aufgabe der Sozialhilfe, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Leistung soll sie dabei so weit wie möglich befähigen, unabhängig von einer Leistungsgewährung zu leben.
Ihre Daten werden daher im Rahmen des genannten Zweckes zur Bearbeitung des von Ihnen gestellten Leistungsantrages erhoben, verarbeitet und gespeichert.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG).

Zum Teil regeln auch Fachgesetze den Datenschutz, vor allem dann, wenn höhere Schutzanforderungen bestehen, z.B. im Sozialrecht das zweite Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X).

Bei Verträgen erfolgt das Erheben und Verarbeiten von Daten im gegenseitigen Einverständnis.



- Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung zum Zweck der Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) ist das Zweite Kapitel, §§ 67 ff. des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) in Verbindung mit dem Dritten Abschnitt, Erster Titel, § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. e DSGVO)

- Die im Rahmen eines Antrages auf Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhobenen Daten werden wie folgt verwendet:
- Innerhalb des Verantwortlichen
Soweit die Bearbeitung des Anliegens es erfordert oder es gesetzlich vorgeschrieben ist, werden die erhobenen Daten an weitere Bearbeiter/innen innerhalb des Amtes weiter gegeben.
 - Auftragsverarbeiter
Die Speicherung und Verarbeitung der erhobenen Daten erfolgt mittels EDV-gestützter Verfahren in eigener Verantwortlichkeit des Landratsamtes Ilm-Kreis. Im Rahmen von Wartungen und Programmaktualisierungen können in Ausnahmefällen gespeicherte Daten den betroffenen Softwareanbietern zur Kenntnis gelangen.
 - Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)
Zur Bearbeitung des Antrags können von Dritten erhobene Daten notwendig sein (z.B. Jobcenter, Meldebehörden, Rentenversicherung). Die Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) in Verbindung mit § 69 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X). Die erhobenen Daten werden weiterhin zum Zwecke gesetzlich vorgeschriebener statistischer Meldungen verwendet. Die gesetzliche Verpflichtung hierzu ergibt sich auf dem 15. und 16. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (§§ 121 ff. SGB XII)
Bei der Nutzung landesrechtlich vorgeschriebener EDV-Anwendungen (Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen – ThAVEL) erfolgt die Speicherung und Verarbeitung erhobener Daten im Verantwortungsbereich des Landes Thüringen (Thüringer Landesrechenzentrum).
Bei der Stellung eines Antrages bei einem für die Bearbeitung dieses Antrages örtlich und/oder sachlich unzuständigen Leistungsträger erfolgt nach dem Zweiten Abschnitt, Erster Titel, § 16 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) bzw. nach Teil 1 Kapitel 4, § 14 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) die Weiterleitung des Antrags an den zuständigen Leistungsträger.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. f DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. a DSGVO)

- Daten, die im Rahmen eines Antrages auf Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhoben wurden, werden grundsätzlich mindestens zehn Jahre aufbewahrt. Die Frist beginnt mit dem Ersten des auf den letzten im Zusammenhang mit der Antragstellung stehenden Zahlungsvorgang bzw. des endgültigen Abschlusses der rechtlichen Prüfung des Vorganges folgenden Kalenderjahres.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. b DSGVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.



Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

- ➔ Im Zusammenhang mit der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Rahmen des Antragsverfahrens auf Sozialhilfeleistungen ergeben sich die Rechte des Betroffenen aus dem Zweiten Kapitel, Vierter Abschnitt, §§ 81 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. c DSGVO)

Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 Buchst. d DSGVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DSGVO)

- ➔ Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist für die Prüfung Ihres Anliegens notwendig. Insoweit sie auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruht, kann eine Bearbeitung Ihres Antrages ohne die hierfür erforderlichen Daten nicht erfolgen. Die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung bearbeitungsnotwendiger Daten sowie die Folgen einer ungerechtfertigten Verweigerung dieser Daten ergeben sich dabei aus dem Dritten Abschnitt, Dritter Titel, §§ 60 ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I).

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DSGVO (Art. 13 Abs. 2 Buchst. f DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO:

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3 DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.



Das oben stehende Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten wurde mir am
zur Kenntnis gegeben.

Ein Exemplar des Merkblattes wurde mir ausgehändigt.

Antragsteller: _____

Aktenzeichen des Sozialamts: _____

Datum

Unterschrift